



Nicht für alle hat es gereicht: Trotz der Bundeswehr-Evakuierungsaktion auf dem Flughafen Kabul blieben viele gefährdete Ortskräfte in Afghanistan. Die Karlsruher PH-Absolventin Viola Gassenschmidt kritisiert die hohen Hürden, vor denen diese standen. Foto: Stfw Schueller/dpa/Bundeswehr

„Man hätte viele retten können“

PH-Absolventin zu Versäumnissen in Afghanistan: Anträge von Ortskräften lange unbearbeitet

Von unserem Redaktionsmitglied
Alexei Makartsev

Karlsruhe. Massoud K. (Name geändert) ist für Anrufer aus Europa unerreichbar. In Todesangst vor den Taliban versteckt sich der 38-Jährige irgendwo in Afghanistan. Um die neuen Machthaber nicht auf sich aufmerksam zu machen, pendelt er von Stadt zu Stadt und bleibt nie lange an einem Ort. Seine drei Kinder gehen nicht zur Schule. Der Familienvater, der bis 2013 für die Bundeswehr als Übersetzer gearbeitet hatte und der den westlichen Medien gerne Auskunft über die Lage in seinem Heimatland gab, lässt über eine deutsche Bekannte ausrichten, dass er jetzt unsichtbar sein müsse. Denn das Risiko sei viel zu hoch.

Viola Gassenschmidt hat Massoud K. per WhatsApp aus Karlsruhe kontaktiert, weil ihr sein Schicksal am Herzen liegt. Seines und das von anderen afghanischen Ortskräften, die heute um ihr Leben fürchten. Gassenschmidt, 27, hat im Herbst 2020 eine Masterarbeit an der Pädagogischen Hochschule (PH) Karlsruhe über die Helfer geschrieben, die in den vergangenen Jahren für deutsche Behörden und Organisationen gearbeitet haben. Die doppelte Frage in dem Titel ihrer Arbeit – „Von den Taliban bedroht, von Deutschland beschützt?“ – beantwortet sie mit einem Ja und Nein.

„Der Übersetzer K., der von der Bundeswehr ein Ehrenkreuz für seine Dienste hätte kriegen sollen, hat kein Visum für Deutschland erhalten – obwohl seine Gefährdung in Afghanistan anerkannt worden war“, sagt Gassenschmidt im Gespräch mit dieser Redaktion. „Er hat nie erfahren, warum. Er konnte nichts dagegen unternehmen. Weil es in seiner

Umgebung als verwerflich gilt, für westliche Truppen zu arbeiten, hat K. heute keinen Job und ist verzweifelt.“

Die junge Karlsruherin, die seit dem Studium Freiwilligendienst im Ausland organisiert, ist empört darüber, wie Massoud K. und dessen Landsleute von Deutschland behandelt wurden. In ihrer Masterarbeit an der PH hat Gassenschmidt nach eigener Darstellung nachgewiesen, dass die Bundesregierung ihre Fürsorgepflicht gegenüber den afghanischen Ortskräften vernachlässigt hat. Angesichts der aktuellen Afghanistan-Krise findet sie es jetzt wichtig, diese Erkenntnisse öffentlich zu machen.

„

Die Bundesregierung hätte die Möglichkeit gehabt, Ortskräfte aufzunehmen.

Viola Gassenschmidt
PH-Absolventin

Während eines Praktikums bei der Caritas vor zwei Jahren hatte Gassenschmidt frühere afghanische Helfer kennengelernt. Sie fand es spannend, „dass für diese Menschen eine Regelung außerhalb des üblichen Asylverfahrens geschaffen wurde, nach der sie bereits in ihrem Heimatland ein Aufenthaltsrecht für Deutschland beantragen können“. Später sprach sie auch mit erfolglosen Antragstellern in Afghanistan und recherchierte in den auf Anfragen der Grünen veröffentlichten offiziellen Statistiken zum Aufnahmeverfahren nach.

Gassenschmidt ist wütend über die Erklärungen des Bundesaußenministe-

riums und des Verteidigungsministeriums, dass man nicht alle Helfer aus Kabul retten könne, weil die Taliban überraschend die Macht übernommen hätten. „Die Bundesregierung hätte die Möglichkeit gehabt, Ortskräfte aufzunehmen, das tat sie aber nicht“, widerspricht sie. „Die Menschen warteten über Jahre hinweg auf Antworten, ihre Anträge wurden jedoch nicht bearbeitet oder ohne Begründung abgelehnt.“

Sie nennt Zahlen: Das afghanische Ortskräfteverfahren sei 2013 ins Leben gerufen worden. Bis Ende Januar 2016 hätten 787 Personen die Aufnahmezusage erhalten. Allerdings seien in den Jahren danach kaum noch Anträge bewilligt worden. 2017 habe es drei Zusagen gegeben, 2018 gar keine, später waren es ein paar Dutzend. „Gleichzeitig waren 2.000 Anträge in Bearbeitung“, erzählt Gassenschmidt. „Sie scheint jedoch nicht aktiv vorangetrieben worden zu sein, da zwischen 2016 und 2018 nur 69 Antragssteller eine Antwort erhielten.“

Sie kritisiert die hohen Hürden für afghanische Ortskräfte auf dem Weg in die Sicherheit. Erstens sei es in der Vergangenheit schwierig gewesen, gegenüber dem deutschen Arbeitgeber eine Gefährdung konkret nachzuweisen. Zweitens hätten viele Helfer ihre Visumsanträge nicht persönlich stellen können: In der durch einen Anschlag beschädigten deutschen Botschaft in Kabul ging das seit 2017 nicht. Der Weg in die deutschen diplomatischen Vertretungen in Islamabad oder Neu-Delhi war für viele Afghanen zu weit, gefährlich oder unerschwinglich.

Drittens galt das Ortskräfteverfahren lange Zeit nur für Afghanen, deren Dienst für die Deutschen nicht länger als

zwei Jahre zurücklag. Schließlich erinnert Gassenschmidt an die Regelung, wonach manche Helfer früher nicht direkt bei der Bundeswehr angestellt wurden, sondern bei afghanischen Subunternehmern. Für solche Ortskräfte fühlt sich die Bundesregierung bis heute nicht zuständig.

„Man hätte viele dieser Menschen retten können“, ist die Karlsruherin überzeugt. „Sie haben den Friedensprozess vorangetrieben, obwohl sie wussten, dass die Taliban das nicht wollten. Doch der deutsche Staat ist seiner Fürsorgepflicht nicht nachgekommen und hat sie zurückgelassen. Man hat die Hände in den Schoß gelegt und naiv geglaubt, dass die Situation in Afghanistan sich normalisieren würde.“

Viola Gassenschmidt sieht einen Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise 2015: Weil das Migrationsthema seitdem „mit Angst besetzt“ sei, habe die Politik womöglich die afghanischen Verfahren bewusst in die Länge gezogen. Sie kritisiert neben den Bürokratie-Hindernissen die mangelnde Transparenz der Visumsvergabe nach geheim gehaltenen Kriterien. Schließlich bemängelt sie, dass die Ortskräfte in Deutschland oft keine Zukunftsperspektive aufbauen könnten, weil ihre Aufenthaltstitel befristet seien.

Die PH-Absolventin hat nach eigenen Angaben Geld für Charterflüge gespendet und hofft darauf, dass die vom Tod bedrohten Menschen ausreisen können. Ihren früheren Gesprächspartnern in Afghanistan schreibt Gassenschmidt nicht mehr. „Ich fühle mich hilflos und traurig, dass ihnen nicht geholfen wurde. Ich weiß nicht, was ich ihnen sagen soll“, gesteht sie.